

# Zukunft der Praxisärzte: Zwischen Drangsalierung und Digitalisierung

„Wir lieben unseren Beruf. Aber das ist kein Ergebnis der Politik.“ Mit diesem Satz sprach der Bundesvorsitzende des NAV-Virchow-Bundes, Dr. Dirk Heinrich, den Ärzten bei der diesjährigen Bundeshauptversammlung aus der Seele. Gleichzeitig lobte er die Wertschätzung für den Arztberuf und die Gesprächsbereitschaft seitens der Politik, die der Parlamentarische Staatssekretär Dr. Thomas Gebhart in seiner Grundsatzrede vermittelte.

Gebhart, der für den verhinderten Bundesgesundheitsminister Spahn zur Bundeshauptversammlung gekommen war, sprach über das Thema „Was erwarten Politik und Gesellschaft von den Praxisärzten?“. Er ging zunächst auf das Terminservice- und Versorgungsgesetz (TSVG) ein, das nach seiner Ansicht von Unrecht von der Ärzteschaft kritisiert würde. So beträfe die 25-Stunden-Regelung nur eine geringe Anzahl von Ärzten. „Wer jetzt schon 25 Stunden und mehr pro Woche arbeitet, für den ändert sich nichts“, so der Staatssekretär. Zudem würden Ärzte, die mehr arbeiteten, künftig auch mehr verdienen. Hiermit ist die teilweise Entbudgetierung gemeint, die u.a. bei neuen Patienten oder Patienten, die über die Terminservicestellen vermittelt werden, gemeint. Einer vollständigen Entbudgetierung steht Gebhart allerdings zwiespältig gegenüber: „Ob eine pauschale Abkehr von der Budgetierung die gewünschten Versorgungsverbesserung bewirken würde, darüber kann man spekulieren.“ Man müsse die geplanten Maßnahmen erstmal wirken lassen und später auswerten, sagte er.

Dr. Dirk Heinrich war in diesem Punkt anderer Meinung. „Die Budgetierung ist die Quelle für unglaubliche Ungerechtigkeiten im System“, kritisierte der NAV-Chef. Am Beispiel der hausärztlichen Versorgung in Bayern und Baden-Württemberg könne man sehen, dass die komplette Entbudgetierung nicht zur befürchteten Leistungsexplosion führe. Eine Teilentbudgetierung, wie sie im TSVG vorgesehen ist, betrachtet er skeptisch. „Budgetierung und Bedarfsplanung sind siamesische Zwillinge. Man kann das eine nicht ohne das andere ändern.“



„Ressource Arzt“ wird knappes Gut

Staatssekretär Gebhart thematisierte ferner die Erwartungen der jungen Ärztesgeneration an ihren Beruf. „Wir müssen akzeptieren, dass Ärztinnen und Ärzte heute andere Arbeitsbedingungen fordern“, sagte er im Hinblick auf die zunehmende Anzahl angestellter Ärzte mit flexiblen Arbeitszeiten. Aber: „Die Einzelpraxis ist bei all den gesellschaftlichen Veränderungen kein Auslaufmodell.“ Sie sei jedoch ein Modell von mehreren. Conni Czimmeck, Bundeskoordinatorin für Gesundheitspolitik beim Bundesverband der Medizinstudierenden e.V., bestätigte, dass sich junge Ärztinnen und Ärzte die Anstellung in den ersten zwei, drei Berufsjahren wünschten. Flexibilität sei gerade zu Berufsbeginn wichtig, volle Verantwortung und örtliche Gebundenheit am Anfang nicht gewollt. Bei allem Verständnis für die jungen Generation warnte Dr. Heinrich davor, dass die „Ressource Arztzeit“ durch den

Dr. Thomas Gebhart referierte über die Zukunft der Praxisärzte

Wunsch nach Work-Life-Balance und die Zunahme angestellter Ärzte mit Arbeitsverträgen von 38 Stunden knapp würde. Dieses Problem ließe sich teilweise lösen, indem man die Zahl der Ärzte erhöhe und mehr Menschen zum Medizinstudium zuließe, so Dr. Gebhart. „Wahrscheinlich hätten wir diesen Weg viel früher einschlagen müssen“, gab er selbstkritisch zu. Dieser Meinung konnte sich auch die Präsidentin der Landesärztekammer Thüringen, Dr. Ellen Lundershausen, anschließen. Sie legte dar, dass es vor 1990 in der DDR und BRD insgesamt 16.000 Medizinstudienplätze gegeben habe, es heute in Gesamtdeutschland aber nur 9.000 Plätze gebe.

## Hoheit über Arzttermine behalten

Zu den Megatrends der Zukunft gehörten die Digitalisierung und die Plattformökonomie, betonte Dr. Heinrich vor der Bundeshauptversammlung. Er befürchtet, dass Gesundheits-Apps, die Symptomanalysen durchführen, in Verbindung mit der elektronischen Patientenakte mittelfristig sehr gute Diagnosen bringen werden. Der Schlüssel am Ende sei jedoch immer der Arzttermin. „Ärzte dürfen deshalb nicht die Hoheit über ihre Termine abgeben, sonst bestimmen andere darüber“, mahnte der Bundesvorsitzende. Er forderte, die Terminservicestellen zu einem allgemeinen Terminservice der KVen umzubauen. Wenn viele Ärzte mitmachten, müssten kommerzielle Plattformen wie Jameda wieder vom Markt verschwinden. „Wir sind die KV“, unterstrich Dr. Heinrich.

„Die Digitalisierung wird kommen, ob wir das wollen oder nicht“, sagte Staatssekretär Gebhart. Die Digitalisierung könne die Arbeit der Ärzte erleichtern. Jetzt müssten Rahmenbedingungen geschaffen werden, damit sie mehr Nutzen bringe als Schaden anrichte. Ziel sei es, Abläufe effizienter zu machen und so Patientennutzen zu schaffen. Politik und Ärzteschaft müssten die komplizierten Prozesse gemeinsam vorantreiben, so Gebhart. Mittlerweile sei eigens eine neue Abteilung im Bundesgesundheitsministerium gegründet worden, die sich mit dieser Thematik befasse.

Julia Bathelt